

# 1 MEHR 2 MARKT 3 WIRTSCHAFT

## 4 5 LÖSUNGEN FÜR DIE SECHS GRÖSSTEN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN HERAUS- 6 FORDERUNGEN

### 7 **Ausgangslage:**

- 8
- 9 ● Deutschland geht es im Jahr 2017 gut. Die Beschäftigung ist so hoch wie nie, die  
10 Arbeitslosigkeit so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die Real-  
11 löhne steigen, die Renten auch. Die Wirtschaft wächst, die Steuereinnahmen stei-  
12 gen auf immer neue Rekorde, die Schulden des Bundes werden erstmals reduziert.  
13 Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft verschlechtern sich aller-  
14 dings von Tag zu Tag und die Herausforderungen, z. B. durch Demografie und Digi-  
15 talisierung, werden immer größer. Während andere Länder eine dynamische Ent-  
16 wicklung im Zeitalter der Digitalisierung erfahren, müssen die Wirtschaftsakteure  
17 in Deutschland mit den Folgen politischer Unsicherheit in Europa zurechtkommen  
18 und sehen sich am Heimatstandort zunehmend mit Regulierung, hohen Abgaben  
19 und Bürokratie konfrontiert. Die Arbeitsmarktregulierung, das Steuer- und die So-  
20 zialsysteme, ja, der ganze Staat müssen für diese Herausforderungen fit gemacht  
21 werden.
- 22
- 23 ● Es ist aus ordnungspolitischer Sicht im Sinne einer positiven wirtschaftlichen Ent-  
24 wicklung die Verpflichtung einer neuen CDU/CSU-geführten Bundesregierung,  
25 sich verstärkt um die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingun-  
26 gen zu sorgen. Damit soll Deutschland in Europa wieder Vorbild für eine moderne  
27 und erfolgreiche Wirtschaftsordnung werden, ausgerichtet auf die Grundprinzi-  
28 pien der Sozialen Marktwirtschaft.
- 29  
30

### 31 **Unsere Forderungen orientieren sich an sechs gesellschaftsrelevanten 32 Zukunftsthemen:**

- 33
- |       |  |    |
|-------|--|----|
| 34 1. | Bürger und Unternehmen fair besteuern  | 4  |
| 35 2. | Arbeitsmarkt modernisieren, soziale Sicherung demografiefest machen                            | 5  |
| 36 3. | Deutschland zur Digitalrepublik Nr. 1 in Europa entwickeln                                     | 8  |
| 37 4. | Energie- und Klimapolitik marktwirtschaftlich neu ausrichten                                   | 10 |
| 38 5. | Für Wohlstand, Wachstum, Innovation: den Staat zum Ermöglicher und<br>39 Dienstleister wandeln | 11 |
| 40 6. | Sicherheit als Standortfaktor erhalten   | 13 |
- 41

## **Zusammenfassung der Forderungen**

### **1. Bürger und Unternehmen fair besteuern**

- a. Ein Drittel der Steuermehreinnahmen für Steuersenkungen verwenden
- b. Einkommensteuertarifverlauf im unteren und mittleren Bereich absenken, Spitzensteuersatz erst ab 60.000 Euro
- c. Werbungskostenpauschbetrag deutlich erhöhen
- d. Einheitlicher Grundfreibetrag für Kinder und Erwachsene, entsprechende Erhöhung des Kindergeldes
- e. Soli ab 2020 ganz abschaffen
- f. Keine Steuern erhöhen

### **2. Arbeitsmarkt modernisieren, soziale Sicherung demografiefest machen**

- a. Arbeitszeitgesetz auf die Vorgabe einer Wochenarbeitszeit beschränken
- b. Arbeitsplatzvorschriften nicht auf mobiles Arbeiten/Heimarbeit anwenden
- c. Wiedereinführung der Meisterpflicht
- d. Meisterprüfung kostenlos
- e. Meister-BAföG erhöhen
- f. Erleichterte Fachkräftezuwanderung durch ein Einwanderungsgesetz
- g. Verbeamtungen nur noch mit korrekten Pensionsrückstellungen
- h. Höhere Anteile von Aktien, Immobilien, Wagniskapital bei Altersvorsorge zulassen
- i. Zulagen-Rente unbürokratischer gestalten
- j. „Doppelverbeitragung“ abschaffen
- k. Nachgelagerte Besteuerung bei Förderung von Wohnungsbau aufheben
- l. Säulenübergreifendes Infosystem mit Überblick über alle Vorsorgedaten

### **3. Deutschland zur Digitalrepublik Nr. 1 in Europa machen**

- a. Bundesdigitalminister
- b. eGovernment auf allen Verwaltungsebenen
- c. Telekomaktien verkaufen und damit Glasfaserausbau beschleunigen
- d. Big-Data-Gesetz, das Staat verpflichtet, seine Daten pseudonymisiert kostenlos zur Verfügung zu stellen
- e. Keine Umsatzsteuer auf Managementdienstleistungen von Beteiligungskapitalfonds
- f. Startup-Schutzzone in den ersten 3 Jahren: Abgaben- und Bürokratiebefreiung
- g. Startup-Klausel bei öffentlichen Vergaben um innovativen Unternehmen den Zugang zu staatlichen Aufträgen nicht zu verbauen
- h. EU-Datenschutzgrundverordnung eins-zu-eins in Deutschland anwenden und Freiheiten nicht weiter einschränken

### **4. Energie- und Klimapolitik marktwirtschaftlich neu ausrichten**

- a. Feste Einspeisevergütungen durch Ausschreibungen ersetzen
- b. Verpflichtung für EEG-Anbieter, in Speicher- bzw. Reservekapazitäten zu investieren
- c. Befreiung der Speicherbetreiber von der EEG-Umlage und allen weiteren Umlagen
- d. Vorgaben der EnEV 2016 für die Dauer der Legislaturperiode aussetzen
- e. Perspektivisch ausschließlich den EU-Emissionshandel als Leitinstrument für Klimaschutz verfolgen

- 90 **5. Für Wohlstand, Wachstum und Innovation: den Staat zum Ermöglicher und Dienst-**  
91 **leister wandeln**
- 92 a. Gegen Werbeverbote
  - 93 b. Verbraucherschutz muss evidenzbasiert erfolgen
  - 94 c. Parlamentsbeauftragter für Bürokratieabbau
  - 95 d. Statistikpflichten für Unternehmen reduzieren
  - 96 e. Mindestlohnbürokratie abbauen (Auftraggeberhaftung, Praktika,  
97 Aufzeichnungspflichten)
  - 98 f. Bonus-Malus-Regelungen bei öffentlichen Bauaufträgen
- 99 **6. Sicherheit als Standortfaktor erhalten**
- 100 a. Null-Toleranzpolitik gegenüber Straftätern
  - 101 b. Polizeistärke in Bund und Ländern weiter erhöhen
  - 102 c. Straftäter zeitnah verurteilen
  - 103 d. Weniger Bewährungs-, höhere Mindeststrafen
  - 104 e. Wirksame Sicherung der EU-Außengrenzen
  - 105 f. Mehr Kompetenzen für das Cyber-Abwehr-Zentrum
  - 106

## 107 🇪🇺 **1. Bürger und Unternehmen fair besteuern**

108

109 Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss es sich zum Ziel setzen, das Steuer-  
110 system leistungsfreundlicher zu gestalten und jegliche zusätzliche Steuerbelastung  
111 von Bürgern und Unternehmen zu vermeiden. Dies schafft neue Spielräume für mehr  
112 Eigenverantwortung und Innovation.

113

### 114 **1. Ein Drittel der Steuermehreinnahmen für Steuersenkungen reservieren**

115 ● Die Steuerschätzungen sagen für dieses und die Folgejahre Steuermehreinnahmen  
116 von 25 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr voraus. Damit steigen die Steuern deutlich  
117 stärker als die Teuerungsrate und die Erhöhung der Tariflöhne. Es gibt damit aus-  
118 reichend Spielraum für Steuersenkungen.

119 - Ein Drittel der pro Jahr erwarteten Steuermehreinnahmen (im Vergleich zu  
120 2016) muss für Steuersenkungen verwendet werden.

121

### 122 **2. Einkommensteuertarif ändern: Die hart arbeitende Mitte entlasten**

123 ● Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent greift heute bereits bei einem Einkommen  
124 von 54.000 Euro. Das ist das 1,3-Fache des durchschnittlichen Jahresbruttoeinkom-  
125 mens eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers. Durch die regelmäßige Anpas-  
126 sung des Grundfreibetrags, ohne dass die Grenzsteuersätze oberhalb des Ein-  
127 gangssteuersatzes angepasst wurden, wurde die Steuerprogression immer steiler.  
128 Der stärkste Anstieg erfolgt zwischen Eingangssteuersatz und dem Grenzsteuer-  
129 satz von 24 Prozent. Der Steuertarif muss wieder flacher verlaufen.

130 - Wir fordern, den Tarifverlauf insgesamt zu strecken und besonders für mittlere  
131 Einkommen eine spürbare Entlastung zu erreichen: Das bedeutet u. a. eine Ver-  
132 schiebung des Grenzsteuersatzes von 24 Prozent auf höhere Einkommen, und  
133 den Spitzensteuersatz frühestens ab 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen  
134 greifen zu lassen.

135 - Wir fordern eine deutliche Anhebung des Werbungskostenpauschbetrags.

136

### 137 **3. Familien entlasten**

138 Es gibt etwa 150 familienpolitische Leistungen in Deutschland, die den Be-  
139 troffenen häufig gar nicht bekannt sind. Die einfachste Unterstützung für Fami-  
140 lien liegt in der Befreiung von Steuern bzw. in finanzieller Entlastung. Kinder  
141 und Erwachsene müssen steuerlich gleich viel wert sein.

142 - Wir fordern, den Kinderfreibetrag durch einen Grundfreibetrag in der gleichen  
143 Höhe wie für Erwachsene zu ersetzen.

144 - Wir fordern, das Kindergeld im gleichen Maße zu erhöhen, damit auch diejeni-  
145 gen gefördert werden, die von der Anhebung des Grundfreibetrags nicht profi-  
146 tieren würden.

147

### 148 **4. Soli abschaffen**

149 ● Der Grund für den Solidaritätszuschlag ist längst entfallen. Die Politik hat mehr-  
150 fach versprochen, ihn 2019 abzuschaffen. Ein mehrjähriges Auslaufen würde die-  
151 sem Versprechen entgegenstehen.

152 - Wir fordern daher eine endgültige Abschaffung des Solidaritätszuschlags mit  
153 Auslaufen des Solidarpaktes Ende 2019.

154

155

- 156  
157  
158  
159  
160  
161  
162  
163  
164  
165  
166  
167  
168  
169  
170  
171  
172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179
- 5. Abgeltungsteuer so lange wie nötig zur Verhinderung von Steuerflucht behalten**
- Die Abgeltungsteuer hat sich als besonders wirkungsvolle Steuervereinfachung sowie als spürbare Maßnahme des Bürokratieabbaus bewährt. Vor allem war sie aber eingeführt worden, um Steuerflucht unattraktiv zu machen. So lange der internationale Informationsaustausch nicht funktioniert, wäre die Abschaffung der Abgeltungssteuer ein großes Risiko für den Standort Deutschland und die Steuereinnahmen.
    - Wir fordern, die Integration der Abgeltungsteuer in den Einkommensteuertarif nach dem früher abgeschafften Modell auf bürokratische und fiskalische sowie auf die Auswirkung auf Investitionsbereitschaft zu überprüfen und die Abgeltungsteuer so lange beizubehalten wie der internationale Informationsaustausch der Finanzbehörden nicht funktioniert.
- 6. Keine Steuererhöhungen**
- Die Steuereinnahmen des Staates steigen auf allen Ebenen stärker als die allgemeine Teuerungsrate. Der Staat hat – selbst bei zusätzlich anfallenden Ausgaben für Investitionen, Sicherheit und Bildung – genügend Einnahmen. Bei den Ausgaben sind längst noch nicht alle Effizienzreserven ausgeschöpft. Es gibt keinen Bedarf für Steuererhöhungen.
    - Es soll keine Steuererhöhungen geben, auch nicht zur Kompensation von Steuerensenkungen an anderer Stelle. Insbesondere die Einführung der Vermögensteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer lehnen wir kategorisch ab.

180  **2. Arbeitsmarkt modernisieren, soziale Sicherung demografiefest machen**  
181  
182

183 Der deutsche Arbeitsmarkt ist noch nicht ausreichend für die großen Herausforderungen der Digitalisierung und Demografie gewappnet. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss die Regeln für den Arbeitsmarkt entsprechend neu aufstellen. Zugleich ist die Alterung der deutschen Gesellschaft eine Belastung für die Sozialsysteme, aber auch für die Wirtschaft, der zunehmend Fachkräfte fehlen. Eine zukunfts-feste Altersversorgung, die einen angemessenen Lebensstandard im Alter sichert und eine Unterstützung durch staatliche Sozialleistungen weitgehend überflüssig macht, darf nicht zu einer übermäßigen Belastung der aktiv Arbeitenden und ihrer Arbeitgeber führen. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung wird die Altersversorgung in einem stabilen Dreisäulenmodell denken und politisch so behandeln. Dafür benötigen wir eine Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge bei gleichzeitiger Reform der staatlichen Rentenversicherung. Darüber hinaus wird eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung die Einwanderung neu regeln und damit weltweit ein Signal an gut ausgebildete Menschen senden, sich in die Entwicklung unserer Gesellschaft einzubringen.  
196  
197  
198  
199

200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216  
217  
218  
219  
220  
221  
222  
223  
224  
225  
226  
227  
228  
229  
230  
231  
232  
233  
234  
235  
236  
237  
238  
239  
240  
241  
242  
243  
244  
245  
246

## 1. Arbeitsrecht an moderne arbeitnehmerfreundliche Arbeitsformen anpassen

- Die Digitalisierung bietet für Arbeitnehmer viele Vorteile, gerade im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Dienstreisen können entfallen, Arbeitszeiten können flexibel gestaltet werden. Diese möglichen Vorteile für Arbeitnehmer werden aber durch eine veraltete Regulierung von Arbeitszeitgesetz und Arbeitsstättenverordnung zum Teil verhindert. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss die Regelwerke zur Gestaltung der Arbeitszeiten und des Arbeitsplatzes der Wirtschafts- und Arbeitnehmerpraxis entsprechend anpassen.
  - Wir fordern die Umstellung von einer täglichen auf eine wöchentliche gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit von 48 Stunden gemäß europäischer Standards. Dabei geht es nicht um eine Erhöhung des Arbeitszeitvolumens, sondern nur um eine flexiblere Verteilung der Arbeitszeiten.
  - Kurze Unterbrechungen der Ruhezeiten müssen zulässig sein.
  - Die europäische Arbeitszeitrichtlinie und das Sozialpaket dürfen diese Ziele nicht gefährden. Das Subsidiaritätsprinzip ist zu beachten. Arbeits- und Sozialpolitik ist und bleibt Aufgabe der Mitgliedstaaten.
  - Wir fordern, die Arbeitsplatzvorschriften nicht auf mobiles Arbeiten (auf Reisen, beim Kunden und im Heimarbeitsplatz) anzuwenden

## 2. Zukunftsmodell duale Ausbildung: Meisterbrief stärken

- Die deutsche duale Ausbildung ist ein Exportschlager. Sie garantiert optimale, praxisnahe Qualifizierung und bietet Jobchancen für junge Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten und mit unterschiedlichsten Fähigkeiten. Sie muss neben der universitären Ausbildung weiter gestärkt werden.
  - Wir fordern, wo europa- und verfassungsrechtlich möglich, die Wiedereinführung der Meisterpflicht in möglichst vielen der 53 Handwerksberufe, in denen sie abgeschafft wurde, um dort die Ausbildungsanreize und die Qualität zu erhöhen.
  - Wir fordern, dass die Bundesregierung in den EU-Gremien jede Form der Einschränkung für natürliche Berufsreglementierung verhindert.
  - Wir fordern, dass die Meisterqualifikation gegenüber einem Studium nicht finanziell benachteiligt werden darf.
  - Wir fordern höhere Leistungen für das Meister-BAföG.

## 3. Einwanderung für ausländische Fachkräfte attraktiver machen

- Das derzeitige Recht bietet bereits vielfältige Möglichkeiten, ausländische Fachkräfte und Studierende nach Deutschland zu holen. Allerdings ist es in seiner Vielfalt und Komplexität sowohl für ausländische Interessierte als auch für vor allem mittelständische Arbeitgeber schwer handhabbar.
  - Wir fordern die Zusammenfassung der bestehenden, in Gesetzen und Verordnungen verteilten Möglichkeiten der gezielten Fachkräftezuwanderung in einem Einwanderungsgesetz. Dieses soll die Verfahren und Zuständigkeiten im Ausland und Inland vereinheitlichen bzw. besser verzahnen und die Behörden verpflichten, als interessen- und unternehmerfreundliche Service-Stellen den Einwanderungsprozess unterstützend, unbürokratisch und schnell zu begleiten.

- 247 - Bestehende materielle Lücken für erwünschte, aber derzeit nicht mögliche  
248 Fachkräfteeinwanderung müssen geschlossen werden, prozessuale Erschwer-  
249 nisse und bürokratische Hürden müssen abgebaut werden.  
250
- 251 **4. Verbeamtung nur noch im hoheitlichen Kernbereich und mit testierten Pensions-**  
252 **rückstellungen**
- 253 ● Die Anforderungen für den öffentlichen Dienst in einer sich wandelnden Gesell-  
254 schaft erfordern flexiblere Instrumente der Personalarbeit. Austausch mit der  
255 Wirtschaft und berufliche Wechsel müssen erleichtert werden. Verbeamtungen  
256 passen da nicht mehr rein. Außerdem verlagern Verbeamtungen die Altersversor-  
257 gungslasten auf künftige Generationen, ohne dass das durch angemessene Rück-  
258 stellungen transparent gemacht wird.
  - 259 - Wir fordern, dass Verbeamtungen nur noch erfolgen dürfen, wenn eine versi-  
260 cherungsmathematisch korrekte und testierte Pensionsrückstellung gebildet  
261 wird, über die der Staat bis zur Pensionierung des Beamten nicht verfügen  
262 darf.
  - 263 - Der Staat muss bei der künftigen Personalakquise prüfen, ob er jenseits der si-  
264 cherheitsrelevanten hoheitlichen Aufgaben (Polizei, Zoll, Finanzverwaltung,  
265 Justiz, Bundeswehr) Verbeamtungen braucht oder ob die Tätigkeiten – wie der-  
266 zeit zum Teil schon im Bereich der Lehrer und bei Verwaltungsberufen – auch  
267 von Angestellten erledigt werden können.  
268
- 269 **5. Höhere Rendite für eigenverantwortliche Altersvorsorge ermöglichen**
- 270 ● Der Anteil von Aktien und Immobilien an Altersvorsorgeprodukten in Deutschland  
271 ist im Vergleich zu den europäischen Partnerländern weit unterdurchschnittlich.  
272 Damit wird in Niedrigzinsphasen das Vorsorgeniveau gefährdet. Investitionen in  
273 die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge müssen intensiviert werden.
  - 274 - Wir fordern die Zulassung eines höheren Anteils von Aktien, Immobilien und  
275 Wagniskapital im Anlageportfolio von Vorsorgeanbietern.  
276
- 277 **6. Anreize für betriebliche und private Altersvorsorge stärken**
- 278 ● Für alle Einkommensklassen, aber gerade auch für Geringverdiener und für Men-  
279 schen mit unsicheren Beschäftigungsaussichten muss sich die eigenverantwortli-  
280 che Altersvorsorge lohnen. Neben den bereits angedachten Verbesserungen wie  
281 einem Grundfreibetrag bei der Grundsicherung im Alter für private und betriebli-  
282 che Altersvorsorge sowie einer Dynamisierung der Zulagenhöhe müssen weitere  
283 abschreckende Elemente beseitigt werden.
  - 284 - Die bisherige „Riester-Rente“ muss als Zulagenrente neu aufgestellt und ver-  
285 einfacht werden. Insbesondere der Datenaustausch zwischen Behörden und  
286 die Antragsverfahren müssen so verändert werden, dass die Zulagen weitge-  
287 hend automatisch errechnet und angepasst werden.
  - 288 - Die „Doppelverbeitragung“, also die Pflicht, Kranken- und Pflegeversicherungs-  
289 beiträge auf Einnahmen aus Direktversicherungen und Versorgungsbezüge zu  
290 bezahlen, auch wenn diese in der Ansparphase bereits aus verbeitragtem Ein-  
291 kommen finanziert wurden, muss beendet werden.
  - 292 - Die nachgelagerte Besteuerung muss mindestens für die Förderung von Woh-  
293 nungsbau als privater Altersvorsorge aufgehoben und anderweitig geregelt  
294 werden.  
295

296  
297  
298  
299  
300  
301  
302  
  
303  
304  
305  
306  
307  
308  
309  
310  
311  
312  
313  
314  
315  
316  
317  
318  
319  
320  
321  
322  
323  
324  
325  
326  
327  
328  
329  
330  
331  
332  
333  
334  
335  
336  
337  
338  
339  
340  
341

## 7. **Transparenz schaffen**

- Um den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich über ihr tatsächlich erwartbares Alterseinkommen zu informieren, benötigen sie mehr Transparenz.
  - Wir fordern daher die Einrichtung eines säulenübergreifenden Vorsorgeinformationssystems, das alle Rentenarten übersichtlich zusammenfasst.

## **3. Deutschland zur Digitalrepublik Nr. 1 in Europa entwickeln**

Deutschland muss weltweiter Spitzenreiter bei der digitalen Infrastruktur und den gesetzlichen Rahmenbedingungen für die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung werden. Ergänzend zur digitalen Infrastruktur ist die Entwicklung der physischen Infrastruktur essentiell, damit die moderne Gesellschaft von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren kann. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung wird eine Digitale Agenda entwickeln und sich als Ziel setzen, der digitalfreundlichste Industriestaat in Europa zu werden.

### 1. **Digitale Kompetenzen bündeln, Bundesdigitalminister einsetzen**

- Die Digitalisierung betrifft als Querschnittsaufgabe alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft. Die derzeitige Zersplitterung der Zuständigkeiten in bis zu sechs Bundesministerien ist mitverantwortlich dafür, dass Deutschland bei der Umsetzung des Themas gravierenden Nachholbedarf hat.
  - Wir fordern die Bündelung der Zuständigkeiten beim Chef des Bundeskanzleramtes oder einem Digitalstaatsminister im Kanzleramt mit Kabinettsrang und eigenem Stab (ähnlich der Kultur-Staatsministerin). Nur mit einer durchsetzungsfähigen, digitalaffinen und in Politik und Digitalwirtschaft anerkannten und vernetzten Persönlichkeit an der Spitze werden wir mit der Digitalen Agenda auf Tempo kommen.
  - Bei diesem Minister sollten die Digitalangebote und die IT-Servicestelle der ganzen Bundesverwaltung gebündelt werden.
  - Jede Behörde soll auf Leitungsebene einen zuständigen Digitalbeauftragten definieren. Bei der Besetzung der Leitungspositionen ist auf entsprechende Kompetenz zu achten.

### 2. **Den digitalen Staat auf allen Verwaltungsebenen umsetzen**

- Die Einführung von flächendeckendem eGovernment („digital first“) muss im Zusammenhang mit der Neuorganisation von Verwaltungsprozessen einhergehen. Die Schnittstellen müssen zudem verbindlich kompatibel definiert werden und damit den Bürgern und Unternehmen einen komfortablen Zugang zu den Leistungen des Staats ermöglichen. Vor allem die Unternehmen erleiden enormen bürokratischen Aufwand durch nicht standardisierte Verwaltungsanwendungen und regionale Lösungsansätze. Ziel sollte es sein, Anträge und Meldungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren und vielmehr mit bereits vorhandenen Daten institutionenübergreifend zu agieren.
  - Wir fordern die flächendeckende Einführung von eGovernment auf allen Verwaltungsebenen nach dem Prinzip „digital first“ sowie eine schrittweise Ver-



342 schlankung von Verwaltungsprozessen. Bürger und Unternehmen sollen die-  
343 selben Daten nur einmal bei einer Behörde liefern müssen, jede weitere staatli-  
344 che oder kommunale Stelle muss intern Zugriff auf diese Daten haben.  
345  
346

### 3. Glasfaserausbau beschleunigen

- 347 ● Der Breitbandausbau in Deutschland muss schneller gehen und vor allem die mo-  
348 dernste Technologie fördern. Das Vectoring nutzt vor allem dem Staatsunterneh-  
349 men Telekom. Es unterstützt ein Monopol und ist deshalb schon aus wettbewerbli-  
350 chen Gründen abzulehnen. Aber es verbaut als Zwischenschritt die Möglichkeit für  
351 die optimale technische Lösung, die ein flächendeckender Ausbau mit der Glasfa-  
352 sertechnologie FTTB/H wäre. Damit der Staat nicht zugleich Förderer, Regulierer  
353 und Marktteilnehmer bei einem für Deutschland so wichtigen Zukunftsthema ist,  
354 muss der Bund einen Großteil seiner Telekomanteile privatisieren.  
355 - Wir fordern die Konzentration aller Breitband-Förderprogramme des Bundes  
356 ausschließlich auf die Glasfasertechnologie FTTB/H.  
357 - Wir fordern den zügigen Verkauf eines Großteils der Telekom-Aktien.  
358 - Der Erlös dieses Verkaufs soll in einen Breitbandausbaufonds fließen, damit  
359 der Glasfaserausbau beschleunigt wird.  
360

### 4. Öffentliche Daten für wirtschaftliche und wissenschaftliche Nutzung freigeben

- 362 ● Der Staat verfügt über eine Vielzahl von Daten, deren anonymisierte Nutzung  
363 durch Wirtschaft und Wissenschaft erhebliche Innovationspotenziale bietet und  
364 Wirtschaft und Gesellschaft deutliche Fortschritte bringen könnte.  
365 - Wir fordern ein Gesetz zur strukturierten Datenanalyse („Big-Data-Gesetz“),  
366 das den Staat auf allen Ebenen verpflichtet, seine vorhandenen Daten pseudo-  
367 nymisiert für wissenschaftliche und wirtschaftliche Zwecke kostenlos zur Ver-  
368 fügung zu stellen.  
369

### 5. Startup-Förderung verbessern

- 371 ● Noch immer gibt es unzureichende Rahmenbedingungen für Wagniskapitalinvesti-  
372 tionen und zu hohe bürokratische Auflagen für neue, innovative Unternehmen und  
373 Geschäftsmodelle. Wir brauchen gerade in innovativen Bereichen eine neue Grün-  
374 derkultur.  
375 - Die Umsatzbesteuerung von Managementdienstleistungen von Beteiligungs-  
376 kapitalfonds soll abgeschafft werden.  
377 - Innovative Startups sollen in den ersten drei Jahren der Gründung vollständig  
378 von Steuern und teilweise von Abgaben befreit werden. Bürokratische Aufla-  
379 gen, auch im Arbeitsrecht, müssen in diesem Zeitraum reduziert werden.  
380 - Bei öffentlichen Vergaben muss durch eine Startup-Klausel sichergestellt wer-  
381 den, dass Startups, die nicht über mehrjährige Marktpräsenz oder zahlreiche  
382 Referenzprojekte verfügen, berücksichtigt werden können.  
383

### 6. Freiheit, Vielfalt und Qualität unserer Medienlandschaft im global-digitalisierten Wettbewerb sicherstellen

- 387 ● Qualitativ hochwertige Medienangebote – unabhängig, plural und für alle gleich-  
388 ermaßen erreichbar – sind unverzichtbar, um den gesellschaftlichen Konsens über  
389 unsere Grundwerte unter den Bedingungen der Digitalisierung zu erhalten. Damit  
390 Medienangebote wettbewerbsfähig gestaltet und unternehmerisch refinanziert

391 werden können, ist die Verarbeitung von Daten unverzichtbar. Für die Nutzer sind  
392 Daten längst das Entgelt und die Gegenleistung für die Inanspruchnahme von  
393 Webangeboten, darunter journalistisch-redaktionelle. Die inklusive Teilhabe der  
394 Bürger am digitalen politisch-gesellschaftlichen Leben wird hierdurch erst ermög-  
395 licht.

- 396 - Wir fordern, dass eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung bei sämtlichen da-  
397 ten- und informationspolitischen Entscheidungen nicht über die Einschränkungen  
398 der EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) hinausgeht, auch um die  
399 Refinanzierungsmöglichkeiten von Medienangeboten zu sichern.
- 400 - Wir fordern für jedwede Digitalregulierung gleiche Wettbewerbsbedingungen  
401 für alle Marktakteure. Regulierungsvorgaben, auch europäische, dürfen nicht  
402 zu rechtlichen oder faktischen Wettbewerbsvorteilen für die marktstarken,  
403 teilweise bereits marktdominanten Unternehmen der Plattformökonomie füh-  
404 ren.

405  
406

#### 407 **4. Energie- und Klimapolitik marktwirtschaftlich neu ausrichten**

408

409 Das Energiewirtschaftsgesetz verpflichtet in §1 die deutsche Energiepolitik auf das ener-  
410 giepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz.  
411 Dieses findet in der aktuellen Energiepolitik wenig Beachtung und muss wieder ins Gleich-  
412 gewicht gerückt werden. Die Energieversorgung muss auch in Zukunft sicher, sauber und  
413 bezahlbar sein.

414

415 Die eingeleiteten Reformen des Strommarktes, des EEG und des Nationalen Aktionsplans  
416 Energieeffizienz (NAPE) waren nur erste vorsichtige Schritte, um die Wettbewerbsfähig-  
417 keit und Versorgungssicherheit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu gewährleisten.  
418 Weitere und größere Schritte müssen folgen, um jährliche Rekordkosten, immer neue  
419 staatliche Interventionen und abnehmende Netzstabilität, die zu einer schleichenden Deind-  
420ustrialisierung führen, zu verhindern. Der Handlungsdruck für eine marktwirtschaftliche  
421 Neuausrichtung der Energiewende war nie größer.

422

##### 423 **1. Erneuerbaren-Zubau maximal kosteneffizient gestalten**

- 424 ● Das EEG hat sich zum Kostentreiber Nummer eins der Energiewende entwickelt  
425 und setzt zahlreiche Fehlanreize, die ökologisch unsinnig und ökonomisch schäd-  
426 lich sind. Der stetige Ausbau der Erneuerbaren stellt zwei wesentliche Anforderun-  
427 gen: Markt- und Systemintegration der erneuerbaren Energien.
  - 428 - Um den Erneuerbaren-Zubau maximal kosteneffizient zu gestalten, fordern wir  
429 die konsequente Umstellung des EEG weg von festen Einspeisevergütungen,  
430 hin zu Ausschreibungen ohne preistreibende Regionalisierung und Bagatell-  
431 grenzen.
  - 432 - Für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit müssen die Anbieter erneuer-  
433 erbarer Energien in die Pflicht genommen werden, uns rund um die Uhr mit  
434 Strom zu versorgen. Hierzu müssen sie in Speicherkapazitäten investieren oder  
435 Strom von konventionellen Energieerzeugern beziehen.
  - 436 - Speicherbetreiber müssen generell von der EEG-Umlage und allen weiteren  
437 Umlagen befreit werden.

438

- 439  
440  
441  
442  
443  
444  
445  
446  
447  
448  
449  
450  
451  
452  
453  
454  
455  
456  
457  
458  
459  
460  
461  
462  
463  
464  
465  
466  
467
2. **Überzogene Auflagen beim Energieeinsparrecht aussetzen**
    - Die Kostensteigerungen der EnEV 2016 betragen rund sechs Prozent und bringen nur knapp 0,02 Prozent Einsparungen bei den Treibhausgasemissionen. Mit überzogenen Bestimmungen werden Bauinvestitionen verhindert. Dringend benötigter Wohnraum wird nicht geschaffen, während die Preise zugleich deutlich steigen.
      - Wir fordern daher, die neuen Vorgaben der EnEV für die Dauer der Legislaturperiode auszusetzen.
      - Statt auf überzogene staatliche Vorgaben gilt es, auf technologieoffene Energieeffizienz- und Digitalisierungsmärkte zu setzen, damit sich die kosteneffizientesten Lösungen zur Einsparung von CO2 durchsetzen.
  3. **Klimaschutzpolitik mit wirtschaftlichem Sachverstand neu aufstellen**
    - Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung muss weiter sicherstellen, dass Deutschland und Europa beim Klimaschutz voranschreiten. Entscheidend ist aber auch, zu welchen Kosten für den Wirtschaftsstandort Klimaschutz betrieben wird. Grundsätzliches Ziel muss es sein, CO2-Emissionen möglichst kosteneffizient einzusparen. Das Wirtschaftlichkeitsgebot darf nicht gegenüber ideologischem Klimaschutz aufgegeben werden.
      - Wir fordern, dass Klimaschutzpolitik die Kosten für Bürger und Wirtschaft so gering wie möglich hält. Voraussetzung dafür sind belastbare Kosten-Nutzen-Analysen von Klimaschutz-Maßnahmen.
      - Klimaschutzpolitik sollte technologieoffen und innovationsfördernd ausgestaltet werden und den wirtschaftlichen Sachverstand von Unternehmen nutzen statt ihn bewusst auszuklammern.
      - Um Doppelbelastungen zu vermeiden, müssen die Bundes- und EU-Klimapolitik konsistent sein. Perspektivisch gilt es, nur noch ein europäisches CO2-Einsparziel mit dem EU-Emissionshandel als Leitinstrument zu verfolgen.

468  **5. Für Wohlstand, Wachstum, Innovation: den Staat zum Ermöglicher und Dienstleister wandeln**  
469  
470

471 Der Staat muss Leistung und Chancen ermöglichen, nicht beschneiden. Wir brauchen einen  
472 Staat, der Freiräume lässt – für die Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft und für  
473 die Bürger als souveräne Marktakteure. Und er muss zugleich bürger- und unternehmens-  
474 freundlich seine Dienste zur Verfügung stellen. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung  
475 muss sich mit konkreten Zielen und Maßnahmen dem Bürokratieabbau widmen, sie muss  
476 bevormundende Verbote und unsinnige Beschränkungen verhindern, Garant faktenbasier-  
477 ter Wirtschafts- und Verbraucherpolitik sein und sie muss den Staat zum Partner und  
478 Dienstleister für Bürger und Unternehmen umstrukturieren.

- 479  
480  
481  
482  
483  
484
1. **Der Staat soll den Verbraucher schützen, nicht bevormunden**
    - Die Regulierung von Märkten und Marktkommunikation im Verbotsmodus stärkt weder Wohlstand und Wachstum noch Innovationen. Sie bevormundet die Menschen statt sie zu informierten Entscheidungen zu befähigen. Um Rechte zur Stärkung der Verbraucher zu etablieren und für ihre Durchsetzung zu sorgen, ist eine

485 evidenzbasierte Politik erforderlich. Regelungsstrategien müssen so gewählt wer-  
486 den, dass sie hinreichend Schutz bieten, nicht zu Wettbewerbsnachteilen für die  
487 Unternehmen führen und Freiräume für die Weiterentwicklung der marktwirt-  
488 schaftlichen Instrumente der Wirtschaft bewahren.

- 489 - Wir wenden uns gegen die Vorgabe bestimmter Lebensstile, politische Kon-  
490 sumlenkung und weitere Werbeverbote – sowohl auf nationaler wie auch euro-  
491 päischer Ebene.
- 492 - Wir verfolgen eine evidenzbasierte Verbraucherpolitik, die die Bürgerinnen  
493 und Bürger effektiv schützt.
- 494 - Wir fordern und fördern die Übernahme von Verantwortung für faire Märkte  
495 durch die Wirtschaft.

## 496 **2. Parlamentsbeauftragter für Bürokratieabbau beim Bundestag etablieren**

- 497 ● Eine wirksame Verhinderung und Rückführung von Bürokratie kann nur durch eine  
498 unabhängige, aber zugleich mächtige Kontrollinstanz verhindert werden.
- 499 - Wir fordern einen unabhängigen Bürokratiebeauftragten des Bundestages, der  
500 bei jedem Gesetzgebungsverfahren ein Bürokratie-Votum einlegen kann, das  
501 im Gesetzgebungsverfahren überstimmt werden muss, und der – analog zum  
502 Wehrbeauftragten - jährlich einen Bürokratiebericht mit kritikwürdigen Fällen  
503 und Vorschlägen zur Bürokratiereduzierung abgibt. Darüber hinaus soll der  
504 Normenkontrollrat in seiner Funktion gestärkt werden.

## 505 **3. Statistikpflichten für Unternehmen reduzieren**

- 506 ● Die Gesetzgeber auf europäischer Ebene, auf Bundes- und Länderebene schreiben  
507 den Unternehmen weit über hundert verschiedene Melde- und Auskunftspflichten  
508 für amtliche Statistiken vor. Insbesondere für Mittelständler ist das ein nur mit er-  
509 heblichem Aufwand zu leistender Dienst an der Allgemeinheit, für den zum Teil die  
510 Sinnhaftigkeit nicht nachvollziehbar ist. Dabei liegen die meisten abgefragten Da-  
511 ten bei den Behörden längst vor.
- 512 - Wir fordern, die statistischen Erhebungen auf europäischer und nationaler  
513 Ebene besser abzustimmen und die Mehrfacherfassung zu vermeiden. Für  
514 Deutschland fordern wir die Zusammenfassung des Statistischen Bundesamtes  
515 und der Landesstatistikämter zu einem „Deutschen Statistikamt“ in der Verant-  
516 wortung des Bundes.
- 517 - Wir fordern, dass das Statistikamt eine gesetzliche Grundlage bekommt, ano-  
518 nymisiert auf die Daten sämtlicher öffentlicher Register zuzugreifen, um auto-  
519 matisiert die Daten zu erhalten und dafür keine Umfragen mehr durchführen  
520 zu müssen. Ferner fordern wir eine Prüfung, inwieweit auch private Datenban-  
521 ken für die Datenerhebung genutzt werden können, wenn dies ihre wirtschaft-  
522 lichen Interessen nicht beeinträchtigt.
- 523 - Wir fordern, beim Aufbau neuer öffentlicher Register (Bsp.: Gebäude- und  
524 Wohnregister) die Voraussetzungen für optimale Nutzung zu Statistikzwecken  
525 mit zu planen.
- 526 - Wir fordern eine Überprüfung sämtlicher Statistikpflichten auf ihre Erforder-  
527 lichkeit, vor allem ob die Erhebung zu politischen Schlussfolgerungen geführt  
528 hat. Dafür soll ein Relevanzspiegel regelmäßig eine Übersicht liefern, welche  
529 Statistiken tatsächlich nachgefragt werden.
- 530 - Wir fordern eine deutliche Reduzierung der Stichprobengrößen auf das absolut  
531 notwendige Minimum.
- 532
- 533

- 534 - Wir fordern, dass Statistikerhebungen ausschließlich elektronisch erfolgen dür-  
535 fen und dass verstärkt mit neuen Schätzmodellen und Hochrechnungen sowie  
536 Datenerhebungen, die ohne Befragungen auskommen, gearbeitet wird.  
537 - Wir fordern eine Pauschalerstattung, die den Unternehmen einen Teil des Er-  
538 fassungsaufwandes ersetzt.

#### 540 4. Gesetzlichen Mindestlohn praxistauglicher gestalten

- 541 ● Unabhängig davon, ob ein gesetzlicher Mindestlohn an sich in der Höhe und Aus-  
542 gestaltung wirtschaftsschädlich und arbeitsplatzgefährdend ist, sind die damit ver-  
543 bundenen Auflagen und Regulierungen jedenfalls für die Unternehmen mit völlig  
544 überzogener Bürokratie und zum Teil mit hohen Risiken verbunden, ohne dass die-  
545 ser Aufwand die Möglichkeit des Missbrauchs wirksam reduziert.  
546 - Wir fordern daher, die bürokratischen Auflagen beim Mindestlohn, die sich als  
547 unwirksam und schädlich herausgestellt haben, wieder aufzuheben. Dazu ge-  
548 hören Regelungen zur Auftraggeberhaftung genauso wie die Begrenzung der  
549 Praktikumsmöglichkeiten und die Aufzeichnungspflichten.

#### 551 5. Bei Auftragsvergaben ökonomisches Verhalten berücksichtigen

- 552 ● Bei öffentlichen Aufträgen muss es für die Auftragnehmer Anreize geben, die Ar-  
553 beiten schnell abzuarbeiten.  
554 - Wir fordern daher eine Bonus-Malus-Regelung für die zeitliche Umsetzung von  
555 Aufträgen (insbesondere im Baubereich): bei vorzeitiger Fertigstellung soll sich  
556 das Honorar erhöhen, bei verspäteter Fertigstellung verringern.

#### 559 6. Sicherheit als Standortfaktor erhöhen

560  
561 Die Kriminalitätsentwicklung, ungelöste Migrationsfragen und zunehmende Probleme  
562 mit kulturellen Parallelgesellschaften verursachen Ängste und Unsicherheit in der Bevöl-  
563 kerung, aber auch in der Wirtschaft. Investitionsentscheidungen von in- und ausländi-  
564 schen Unternehmen hängen auch und immer stärker von der Sicherheitslage und gesell-  
565 schaftlichem Frieden ab. Wenn Wirtschaftspolitik erfolgreich sein soll, muss sie sich daher  
566 immer auch für die innere Sicherheit stark machen.

- 567 ● Wir fordern eine Null-Toleranzpolitik gegenüber Straftätern. Dazu ist die Polizei-  
568 stärke in Bund und Ländern weiter zu erhöhen. Die sichtbare Präsenz vor Ort ist zu  
569 stärken. Sogenannte „No-Go-Areas“ dürfen nicht toleriert werden. Respekt vor Po-  
570 lizei und Rettungskräften muss wieder eine Selbstverständlichkeit werden. Video-  
571 überwachung und modernste Auswertungssoftware sollen ausgeweitet werden,  
572 insbesondere für gefährdete Orte.  
573 ● Wir fordern, die Justiz durch personelle Maßnahmen in die Lage zu versetzen,  
574 Straftäter zeitnah zu verurteilen. Die Form des beschleunigten Verfahrens muss  
575 deutlich häufiger angewandt werden. Wir fordern höhere Hürden für die Ausset-  
576 zung von Haftstrafen zur Bewährung sowie höhere Mindeststrafen, z. B. bei  
577 schweren Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit.  
578 ● Wir fordern die wirksame Sicherung der EU-Außengrenze, ersatzweise unserer  
579 Grenze gegen illegalen Grenzübertritt. Abschiebungen krimineller Ausländer müs-  
580 sen Bundesangelegenheit werden. Falsch verstandene Gastfreundschaft ist dabei  
581 nicht angezeigt.

582  
583  
584  
585  
586

- Wir fordern die Stärkung des nationalen Cyber-Abwehrzentrums durch eigene Bewertungs- und Auswertungsfähigkeiten sowie die Übertragung mit konkreten Schutzfunktionen, so dass bekannte Quellen von Schadsoftware bundesweit gesperrt werden können. Dazu müssen wir die Bundeskompetenzen, insbesondere im Bereich der Cyber-Abwehr, verfassungsrechtlich verstärken.

587 